Freitag, 14. Dezember 1923. **Einzelnummer 30000 Mark.** 62. Jahrgang. **Nr. 283.**



Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsstelle 500 000
bei den Ausgabestellen 505 000
durch Zeitungsboten 510 000
durch Post inkl. Geb. 513 000
ins Ausland 700 000 poln. M.
in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Die obigen Preise gelten nur als Grundpreise. Der Verlag behält sich das Recht vor, bei zu großer Teuerung eine Nachforderung für den laufenden Monat zu fordern.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 20 000 M. Reklameteil 50 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 20 000 M. „ *) Reklameteil 50 000 M in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Was bedeuten die englischen Wahlen?

Der unerwartete Ausfall der englischen Wahlen kann Anlaß zu den verschiedenartigsten Betrachtungen werden, je nach der Richtung, in der die Gedanken von diesem Ereignis aus fortschreiten.

Das englische Volk hat die Schutzzölle abgelehnt und sich mit großer Mehrheit für den Freihandel ausgesprochen. Denn das war ja der eigentliche Zweck der Wahlen, über die Frage zu entscheiden: Soll die Arbeitslosigkeit dadurch behoben werden, daß die englische Industrie gegen die Konkurrenz anderer Länder durch hohe Zölle auf die ausländischen Produkte geschützt wird? Oder soll der alte englische Grundsatz der Geschäftswelt von Manchester bestehen bleiben: laisser faire, laisser passer, freier Handelsverkehr mit allen Ländern des Erdballs? England hat sich für Freihandel entschieden. Die Industrieländer des Festlandes, vor allem Deutschland, Belgien und Frankreich können vom geschäftlichen Standpunkt aus die Ablehnung der Schutzzölle nur begrüßen.

Die Politik ist keine so einfache Sache, wie es die Parteiagitatoren hinzustellen belieben. Der Ausfall der Wahlen hat noch in verschiedenem Sinne eine andere Bedeutung. Die englischen Konservativen haben 90 Mandate verloren, die Arbeiter haben 47 hinzubekommen, die Liberalen 41 Sitze gewonnen.

Also ein gewaltiger Ruck nach links. Man schrieb und sprach in den letzten Monaten viel von dem Zug nach rechts, der durch Europa geht. Unzweifelhaft besteht diese Rechtsentwickelung an manchen Stellen. Aber alle Tatsachen, die man anführte, haben doch kaum die Bedeutung dieser englischen Wahlen. Das Volk, das einen so großen Teil des Erdballs beherrscht, wie kein anderes, wendet sich mit ganz energischem Ruck nach links.

Wenn man von der Rechtsentwicklung der Welt sprach, so wies man beispielsweise auf Frankreich hin, wo Poincaré, der Führer des nationalen Blockes, einen Erfolg nach dem anderen einheimste, sowohl nach außen wie nach innen. Aber erst die neuen Kammerwahlen im nächsten Jahre werden zeigen, ob diese Erfolge von Dauer waren, und ob der französische Liberalismus, dessen Führer Loucheur und Herriot sind, schon von Poincaré ganz an die Wand gedrückt ist. Die ganzen Erfolge des großen Lothringers werden sich schon bald, vielleicht allerdings auch erst im Lauf der Jahre als Scheinerfolge erweisen.

In Frankreich herrscht in der Politik gegenwärtig noch die ältere Generation durchaus vor. Fast sämtliche Führer der reaktionären und chauvinistischen Politik sind Greise. Die politische Richtung der Jugend ist anders. Ein Musterbeispiel dieses Zwiespaltes bietet der geheimnisvolle Tod des jungen Philippe Daudet, des Sohnes des Royalistenführers Leon Daudet, der durch den inneren Gegensatz gegen die ultrareaktionäre Politik seines Vaters in die Arme der Anarchisten getrieben wurde und schließlich Selbstmord verübte. Ein ähnlicher Fall lag beim englischen Wahlkampf vor, wo der junge Oliver Baldwin die konservativen Bahnen seines Vaters ganz verließ und für die Arbeiterpartei eintrat, wobei er es sogar an heftigen Angriffen gegen die Regierung seines Vaters nicht fehlen ließ.

Auch in Deutschland geht die Entwicklung vorläufig nicht so stark nach rechts, als man es hat glauben machen wollen. Der neue Reichskanzler gehört dem Zentrum, das heißt der Mitte an, und vertritt auch durchaus eine Politik der Mitte. Daß das Kabinett gewisse Ermächtigungen bekommen hat, für die auch Demokraten und Sozialdemokraten stimmten, ist in der außergewöhnlichen Notlage des Landes begründet. Erst nach einer etwaigen Reichstagsauflösung kann bei Neuwahlen sich zeigen, ob wirklich ein Ruck nach rechts erfolgt ist.

Auch für die Außenpolitik sind die englischen Wahlen ein bemerkenswertes Ereignis. Die englische Politik gegenüber Frankreich stand zwar nicht unmittelbar zur Erörterung, spielte aber im Hintergrunde eine maßgebende Rolle. Der Einfluß der franzosenfreundlichen Diehards scheint gebrochen. Man spricht davon, daß Lord Derby unter Umständen die Kabinettsbildung übernehmen soll. Aber selbst von diesem großen Franzosenfreund wurden in letzter Zeit sehr kritische Bemerkungen über die Politik Poincarés berichtet. Jede neue englische Regierung ist gezwungen, nunmehr ohne Schutzzölle das Arbeitslosenproblem zu lösen. Man kann sich kaum denken, daß dies auf einem anderen Wege als durch außenpolitische Aktionen und Abmachungen geschehen kann. Irgendwie muß ein Einfluß auf Frankreich gewonnen werden, damit es den englischen Bemühungen nicht hinderlich ist.

*

Was sagen die Schweizer Blätter?

Das englische Wahlergebnis wird in der Schweiz mit sehr großer Befriedigung und Erleichterung aufgenommen, und zwar deshalb, weil England und seine Dominions infolge des wirtschaftlichen Rückganges der valutaschwachen Länder die Hauptabsatzgebiete für die schweizerische Exportindustrie geworden waren. Wäre das Schutzzollgesetz durchgegangen, so hätte sich die wirtschaftliche Krise der Schweiz katastrophal gestaltet. Neben dem Aufatmen wegen der Folgen für das eigene Land begrüßt die Schweiz die Kursänderung in England auch wegen der voraussichtlich einsetzenden aktiven Politik zur Sanierung Europas.

Die „Basler Nachrichten" halten es für zweifelhaft, daß sich jetzt noch der Lothringisch-Rheinisch-Westfälische Industrieblock nach Poincarés Wunsch verwirklichen lasse. Weiter sagt das Blatt, es sei kein Zufall, daß mit der Niederlage der englischen Konservativen das amerikanische Darlehnsprojekt zugunsten Deutschlands zeitlich zusammentreffe. Sollte Frankreich die von den amerikanischen Geldgebern verlangte Privilegierung vor der Reparationsschuld ablehnen, so würde das vor allem die amerikanischen Farmer, die ihre Produkte absetzen wollten, auf den Plan rufen. „Was werden diese harten Bauernköpfe denken," schreibt das Blatt, „wenn man ihnen beispielsweise sagt, **daß die Ruhrstadt Recklinghausen für 2½ Millionen Goldmark eine französische Kavalleriekaserne bauen und Unterkunft für ein Infanterieregiment und 87 französische Familien schaffen muß, statt daß sie für ihre hungernden Kinder amerikanischen Speck und Schmalz kaufen kann.**"

Wachsender Gegensatz zwischen Rechts und Links im Sejm.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Allmählich wurde es der Linken doch zu arg. Die Rechte, die eigentlich, wie die letzte Abstimmung über die Auslieferung der drei Abgeordneten gezeigt hatte, kaum über eine nennenswerte Mehrheit verfügt, nützt diese Situation aus, indem sie rücksichtslos alle Anträge, alle Verbesserungen zu irgendeiner Gesetzesvorlage und jede andere Anregung ablehnt, wenn sie von links kommt. Es macht sich hier ein Parteigeist von ganz besonders verhängnisvoller Kurzsichtigkeit geltend, denn da die Hälfte aller Abgeordneten aus Mitgliedern besteht, die nichts mit der Rechten zu tun haben, so muß jeder nicht durch Leidenschaft verblendete Politiker einsehen, daß es auf die Dauer dem Lande zum Unglück gereichen muß, wenn die gesetzgeberische Kraft der Vertreter von mehr als der Hälfte des Volkes einfach lahmgelegt wird. Nun hat die Linke sich aus dem Seniorenkonvent zurückgezogen, unter der Begründung, daß eine Mitarbeit unter den jetzigen Verhältnissen doch zwecklos sei. Unter solchen Umständen ist es für den Sejmmarschall nicht so ganz einfach, die Arbeitseinteilung des Sejm festzustellen, zu der unter normalen Umständen der Seniorenkonvent berufen ist. Der Sejmmarschall hat daher sich mit dem Führer der Linksgruppen in Verbindung gesetzt, der nochmals betonte, daß die Linke im Konvent so lange sich von jeder Teilnahme an einer Beratung fernhalten werde, als die Rechte ihre rücksichtslose Taktik fortsetze. So hat man sich bis jetzt noch nicht über die Weihnachtsferien einigen können. Wahrscheinlich werden sie erst einige Tage vor dem Feste beginnen und bis ungefähr Mitte Januar dauern.

In der Sejmsitzung am 11. Dezember lagen mehrere Interpellationen vor, darunter die des Abgeordneten Graebe über die Konfiszierung von Kircheneigentum in Lessen. Der Pfarrer der evangelischen Gemeinde erhält dort als Kirchenbeitrag nach alter Sitte von den Bauern Getreide statt Geld. Dieses Getreide, das bei Graudenz lagerte, wurde aus bisher rechtlich nicht geklärten Gründen weggenommen. Nach Verlesung der Interpellationen sollte über das Agrargesetz beraten werden. Es besteht offenbar das Bestreben, das Gesetz so rasch wie möglich durchzupeitschen. Auf der Rechten will man zu diesem Zwecke, wenn es möglich ist, zwei Sitzungen täglich abhalten, damit das Gesetz vielleicht noch vor Beginn der Ferien den Senat erreicht und auch von diesem verabschiedet werden kann. Dann wird es schlimm stehen um das Schicksal aller der unzähligen Deutschen, für die das Gesetz einen Ausnahmezustand schafft. Diesmal aber hatten, wie schon mitgeteilt wurde, noch nicht alle Abgeordneten die Druckschriften des Gesetzes erhalten, weshalb der Sozialist Barlicki dagegen protestierte, daß man die Beratung beginne. Der Marschall gab ihm recht und so wurde der Beginn der Erörterungen vertagt. — Neue Złotybons fordert der Finanzminister Kucharski, und zwar die Ausgabe von 50 Millionen der zweiten Serie 6prozentiger Goldbons zur Einlösung der ersten Serie. Der Sozialist Ponczek erklärte es für ganz unerhört, wenn der Minister Kucharski jetzt, im letzten Augenblicke, mit dem Gesetz für die Ausgabe der Bons komme, und verlange, daß man es noch in aller Eile bis zu den Ferien annehme. Das Gesetz wurde dem Ausschuß überwiesen, der morgen das Gesetz prüfen soll, damit es schon auf die Tagesordnung der nächsten Sejmsitzung gesetzt werden kann. Die Opposition protestierte gegen diese Überstürzung, aber wie gewöhnlich wurde sie von der Rechten überstimmt. — Das Gesetz über soziale Versicherung wurde nach einem kurzen Referat in dritter Lesung angenommen. Das Gesetz wurde zur Ausführung der Völkerbundbeschlüsse über die Sozialversicherung in den früher preußischen Teilgebieten geschaffen. Die Regierung wurde aufgefordert, monatlich die Teuerungszulagen zu der monatlichen Berechnung der Alters- und Unfallrenten hinzuzuzählen. — Die Einführung der persönlichen Dienstpflicht, d. h. ihre gleichmäßige Regelung für ganz Polen, bildete Gegenstand eines Gesetzentwurfes, über den der Nationaldemokrat Zamorski referierte. Dies führte zu einem Zwischenfall. Zamorski soll sich nämlich der Herabsetzung der polnischen Armee schuldig gemacht haben, indem er Piłsudski und seine Anhänger auf das Schärfste angegriffen habe. Die Linke protestierte daher heftig dagegen, daß Zamorski das Referat halte. Schließlich verließen die Sozialisten den Saal. Das Gesetz bestimmt im allgemeinen eine zweijährige Dienstpflicht, die für Artillerie und Kavallerie sich auf zwei Jahre und einen Monat erhöht. Der alte Sejm hatte während der Abstimmung in Oberschlesien, um möglichst viele Stimmen auf die polnische Seite herüber zu ziehen, bestimmt, daß Oberschlesien während der Dauer von acht Jahren von der Dienstpflicht befreit bleiben sollte. Im Widerspruch hierzu hatte der oberschlesische Sejm beschlossen, die Regierung aufzufordern, ein Militärgesetz einzubringen, das auch Oberschlesien in die Dienstpflicht einschließt. Die allgemeine Dienstpflicht soll bis zum 40. Jahre (Reserve) und die Landsturmpflicht bis zum 50. Jahre dauern. Als Zamorski sein Referat begann, war der Lärm, den die Linke machte, so stark, daß er seine Rede allein dem Stenographen diktierte. Dann trat allmählich Ruhe ein, während von der Linken immer noch vereinzelte Rufe, wie „patentierter Verleumder" und ähnliches auf ihn niederprasselten. Ein positiver Widerspruch gegen das Militärgesetz besteht im Sejm nicht, und zweifelsohne wird es die große Mehrheit des Hauses finden. Die Weiterberatung des Gesetzes wurde jedoch vertagt. Dann kamen eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen, so der der Weißrussen, zur Sprache. — Die Weißrussen wünschten wegen der vielen polizeilichen Übergriffe die Einsetzung einer Kommission, was, wie vorauszusehen war, abgelehnt wurde. Der Kommunist Okoń wünschte die Dringlichkeit eines Antrages „wegen der Gewalttaten des Starosten, der Regierungspolizei und des Militärs zu Bilgoraj" gegenüber friedlichen Bürgern, die einer Rede Okońs zuhörten. Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde nur mit 4 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Der Sozialist Żuławski interpellierte wegen „der beispiellosen Morde, die am 9. November von der Polizei in Tarnow an unbewaffneten Arbeitern begangen wurden". In später Stunde begann der Führer der Linken, Thugutt, seine Rede, mit der er die Dringlichkeit eines Antrages wegen der beabsichtigten Verpachtung des Tabakmonopols begründete.

Eine stürmisch geräuschvolle Sejmsitzung.

Die Aussprache über das Landaufteilungsgesetz in der Mittwochsitzung im Sejm führte zu außerordentlich erregten Auftritten. Die Wyzwoleniegruppe erklärte, daß der neue Gesetzentwurf in direktem Gegensatz stehe zu dem bisherigen Agrarreformgesetz, und in ihrem Namen beantragte der Abg. Poniatowski Übergang zur Tagesordnung und Verzicht auf das neue Gesetz. Als im Namen der Rechten der Abg. Greiß das Wort ergriff, suchten die Abgeordneten der Wyzwoleniegruppe durch Zwischenrufe, Lärmen mit den Pultdeckeln und Pfeifen die Fortsetzung der Aussprache zu verhindern. Der Lärm dauerte drei Viertelstunden. Der Vizesejmmarschall Seyda ordnete eine Unterbrechung der Sitzung an und schloß fünf Abgeordnete der Wyzwoleniegruppe von der weiteren Teilnahme an der Sitzung aus.

Da nach Wiederaufnahme der Sitzung der Lärm von neuem einsetzte, wurde die Fortsetzung der Aussprache über das Landaufteilungsgesetz bis zur nächsten Sitzung (Donnerstag) vertagt.

Darauf wurde die Aussprache über das Militärdienstpflichtgesetz fortgesetzt. Abg. Maczyński: Dies Gesetz entscheidet über das Schicksal der polnischen Armee, auf die sich die Machtstellung Polens stützen kann. Unsere Debatten sind weder von utilitaristischen noch von imperialistischen Motiven geführt. Sie sind nur eine selbstverständliche Folge der Notwendigkeit des Schutzes unserer Grenzen in Anbetracht der ungünstigen geographischen Lage unseres Landes. Die zweijährige Dienstzeit und die Zahl von 30 Divisionen ist unzureichend. Nur mit Rücksicht auf die ungünstigen Finanzverhältnisse können wir vorläufig unsere Zustimmung dazu geben." In Anbetracht der vorgerückten Stunde wurde die Fortsetzung auch dieser Aussprache auf Donnerstag vertagt.

Der Standpunkt der Arbeiterparteien gegenüber dem Landaufteilungsgesetz.

Der „Przegląd Poranny" erfährt, daß sowohl die Nationale Arbeiterpartei als auch die polnische Sozialdemokratie in dem geplanten Landaufteilungsgesetz eine Schädigung der Interessen der Landarbeiter und des ländlichen Proletariats sehen und daß ihre Vertreter deswegen auch weiterhin entschieden gegen den Gesetzentwurf auftreten werden.

In England steht eine Arbeiterregierung bevor.

Nach Londoner Berichten vertritt man im liberalen Lager die Auffassung, daß der Beschluß des bisherigen Kabinetts, sich dem neuen Unterhause vorzustellen, die Bildung einer Arbeiterregierung nur um wenige Wochen hinausschiebt. Diese Wochen könnten von den Vertrauensmännern der Arbeiterpartei und Liberalen dazu benutzt werden, für das nächste Jahr ein beschränktes parlamentarisches Aktionsprogramm zu entwerfen, das den Liberalen ermöglichen würde, die parlamentarische Existenz einer Arbeiterregierung auf einige Zeit zu gewährleisten.

In Kreisen der Arbeiterpartei wird zwar bedauert, daß der Beschluß des Kabinetts den Zeitpunkt hinausschiebe, an dem die Arbeiterregierung eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosenfürsorge einleiten wolle, aber man verhehlt sich nicht, daß der Beschluß Baldwins, sich dem Unterhause zu stellen, jedenfalls die Situation für die Arbeiterpartei erleichtert hat, denn man weiß nicht, ob es Macdonald gelungen wäre, bis Mittwoch ein Kabinett fertigzustellen. Mit Rücksicht auf die unpolitischen und ruhigen Weihnachtstage dürfte die Arbeiterpartei, die von inneren Gegensätzen vor einer Kabinettsbildung erdrückt worden wäre, sich nach einem platonischen Protest im Interesse der Arbeitslosen mit der gegenwärtigen Lage abzufinden.

Aus Kreisen der Arbeiter und der Liberalen verlautete, daß Ramsay Macdonald am 14. oder 15. Januar ein Mißtrauensvotum einbringen werde, in dem das Unterhaus für die ungesetzmäßige Verabschiedung des vorigen Parlamentes einen Tadel aussprechen soll. Dieser Antrag, der an das letzte Mißtrauensvotum anknüpft, wird von der Arbeiterpartei und den Liberalen im Unterhause gemeinsam eingebracht werden.

(Weiteres siehe Seite 3.)

Republik Polen.

Die Selbstverwaltung in Polen.

Die Konferenz der Kreistagsdelegierten, die in diesen Tagen in Warschau stattfand, hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt, unter welchen wir die folgenden hervorheben:

Die Städte sollen aus den Kreisverbänden weniger auf Grund ihrer Bewohnerzahl als vielmehr im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und kulturelle Selbständigkeit ausscheiden.

Die Fürsorge für die wirtschaftlichen, kulturellen und hygienischen Interessen der Kreise ist Sache der Selbstverwaltungsbehörden der Kreise.

Die Wahlen zum Kreistag, welchen der Starost vorsteht, sind indirekt.

Die Selbstverwaltung des Schulwesens wird der allgemeinen territorialen Selbstverwaltung unterstellt.

Den Finanzverwaltungen der Kreise soll besonders die Unterstützung wissenschaftlicher Arbeit und des Bildungswesens warm ans Herz gelegt werden.

Schließlich wurde ein Ausschuß für künftige Tagungen der Kreistagsdelegierten gewählt.

Der kommende Kriegsminister: General Raszewski?

Der „Expreß Poranny" weiß zu melden, daß an Stelle des bisherigen Leiters des Kriegsministeriums, General Szeptycki, der Kommandeur des Korpsbezirks Posen, General Raszewski, für den Posten des Kriegsministers ausersehen sei. Die Ernennung sei in den nächsten Tagen zu erwarten.

Aufhebung von 25 Prozent aller Züge?

Wie der „Dz. Bydg." meldet, hat sich wegen der fortdauernden Erhöhung der Eisenbahnpersonentarife der Reisendenverkehr auf den Bahnen so verringert, daß das Eisenbahnministerium jetzt zur Aufhebung einer ganzen Reihe von Personen- und Schnellzügen schreiten muß. Das Betriebsdepartement hat auf Grund der letzten Berichte bereits festgesetzt, welche Züge kassiert werden sollen. Aufgehoben sollen werden 25 Prozent der jetzt verkehrenden Züge. Das ist, wie das eingangs genannte Blatt schreibt, eine direkt katastrophale Zahl, und die Hauptfrage sei gegenwärtig, was mit den 25 Proz. des Personals geschehen soll, die beschäftigungslos werden. Sollen sie Bezahlung erhalten, ohne etwas zu tun oder was sonst? Der „Dziennik Bydg." erinnert bei dieser Gelegenheit auch daran, daß auf 1 Klm. Eisenbahn in England 9 Beamte entfallen, in Frankreich 13 und in Polen bis 26. Eine solche Wirtschaft müsse unsere Bahn zum vollständigen Ruin führen. Seinerzeit habe Michalski die Eisenbahn zu bestimmten Bedingungen verpachten wollen, aber darauf sei die sozialdemokratische Partei nicht eingegangen, da sie unter den Eisenbahnern die Kader ihres Anhangs hatte.

Verhandlungen über die Ernteverträge.

Am Dienstag begannen in Warschau Beratungen zwischen Vertretern der Landwirte und der Landarbeiter über den Abschluß des Erntevertrages für das kommende Jahr. Folgende Landwirtsverbände hatten Vertreter entsandt: Związek Ziemian in Warschau, Zjednoczenie Producentów Rolnych in Posen, Zjednoczenie Producentów Rolnych Pomorza und der Bund deutscher Landwirte, von seiten der Landarbeiter der Związek Zaw. Robotników Rolnych, Chrześciański Związek Robotników Rolnych und Zawodowy Związek Robotników Rolnych i Leśnych. Ferner waren Vertreter der Regierung erschienen. Die Verhandlungen werden einige Tage dauern.

Die Kalisalzproduktion in Polen.

Die Produktion an Kalisalzen in Polen betrug in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. August d. Js. 40 516 1 Tonnen gegen 30 706,6 Tonnen in demselben Zeitabschnitt im Jahre 1922, — 10 340,4 Tonnen im Jahre 1921, — und 6 862,0 Tonnen im Jahre 1920. Die Produktion der Salzbergwerke belief sich in derselben Zeit auf 233 860 4 Tonnen gegen 196 935,4 Tonnen im Vorjahre, — 201 074,6 im Jahre 1921 — und 175 083,8 im Jahre 1920.

Das Gesetz über die Emissionsbank.

Die „Gazeta Warszawska" schreibt, daß das Gesetz über die Emissionsbank schon in der vergangenen Woche im Sejm eingebracht werden sollte. Da sich jedoch die Notwendigkeit erwies, einige nötige stilistische Änderungen vorzunehmen, sollte der Entwurf eine nochmalige Erörterung durch das Redaktionskomitee erfahren. Es wird wahrscheinlich im Laufe dieser Woche zugleich mit dem Münzgesetz vom Ministerrat geprüft und im Sejm eingebracht werden.

Verbandstag der deutschen Genossenschaften in Polen.

Am Freitag, dem 7. d. Mts., vormittags, fand im Saale des Lodzer Männergesangvereins in Lodz der diesjährige ordentliche Verbandstag des Verbandes der deutschen Genossenschaften in Polen statt, zu dem trotz des schlechten Wetters eine stattliche Anzahl Vertreter der dem Verbande angeschlossenen Raiffeisenkassen sowie zahlreiche Freunde des Verbandes, darunter auch unsere Abgeordneten im Sejm und Senat und Stadtverwaltung und die Vertreter der deutschen Presse erschienen waren.

Den Bericht über die Arbeit des Verbandes im Jahre 1922 erstattete der Anwalt des Verbandes, Direktor Pohlmann. Trotz der schweren Zeiten und der beschränkten Mittel ist es dem Verbande gelungen, in dem Berichtsjahr seine ihm angeschlossenen Genossenschaften weiter auszubauen und lebensfähig zu erhalten. Acht neue Raiffeisenkassen wurden im Jahre 1922 vom Verbande ins Leben gerufen, der beste Beweis, daß das Verständnis für den genossenschaftlichen Zusammenschluß auch in unseren Gebieten immer fester Wurzel zu fassen beginnt. Mit einem warmen Appell an unsere Jugend, eifrig in ihren Genossenschaften mitzuarbeiten, schloß der Anwalt seinen interessanten Geschäftsbericht.

Im Anschluß daran trug Herr Dr. Swart aus Posen die Jahresrechnung des Verbandes für das Jahr 1922 vor, die genehmigt wurde. Auf seinen Antrag hin wurde dem Anwalt von der Versammlung einstimmig Entlastung erteilt und für seine gewissenhafte und umsichtige Leitung der wohlverdiente Dank ausgesprochen. Hierauf hielt Herr Dr. Swart einen bemerkenswerten Vortrag über die Errichtung und Führung von wertbeständigen Konten auf Grund der Roggen- und Zlotywährung, wodurch dem Landwirt wie auch dem Städter wieder die Möglichkeit gegeben wird, zu sparen, ohne die Entwertung seines Geldes zu befürchten. Auch Kredite können nur noch auf dieser wertbeständigen Basis erteilt werden. Die Deutsche Genossenschaftsbank in Lodz ist das erste Bankinstitut am Orte, das bereits seit Beginn dieses Jahres, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, solche wertbeständige Konten in Roggenwährung für die ländliche und in Zlotywährung für die städtische Bevölkerung mit Erfolg eingeführt und großen Anklang unter ihren Genossenschaften gefunden hat. Durch Hereinnahme solcher wertbeständigen Einlagen wird es den kleinen Dorfbanken möglich sein, wieder frischen Atem, d. h. neue Betriebsmittel zu erhalten und neues Leben und Arbeit unter ihre Mitglieder zu bringen.

Nach diesem interessanten Vortrag sprach Herr Henning aus Karniszewiec über die Anwendung von Kunstdünger und Saatgut.

An diese beiden Vorträge schloß sich eine rege Aussprache, und die zahlreiche Beteiligung an dieser bewies, wie aktuell insbesondere die Frage der Wertbeständigkeit der Konten geworden ist. Auch über den seit altersher bestehenden Antagonismus zwischen Stadt und Land wurde lebhaft debattiert. Gerade den Genossenschaften fällt die schöne Aufgabe zu, diesen Gegensatz zwischen Stadt und Land zu überbrücken und zu mildern. Anknüpfend an die vom Herrn Pastor Schmidt aus Pabianice herausgegebene Parole: „Wir wollen einig sein und rührig!" schloß der Verbandsanwalt um 2 Uhr nachmittags die Tagung mit Worten des Dankes an die Erschienenen und mit dem Wunsche auf ein frohes Wiedersehen im nächsten Jahre.

Bargeldmangel!

Wir haben von dieser Stelle aus des öfteren über die irrige Anschauung verschiedener Kreise gesprochen, daß ein gewaltsames Anhalten der Notenpresse in einer Krisenzeit keine Gesundung, sondern eine Verschlechterung der Finanzen bedeutet. Wir wissen, wie groß der Bargeldmangel ist und in wie hohem Maße er die Industrie und die Wirtschaft in Konflikte hineintreibt. In einer Zeit wie der Gegenwart verträgt die Wirtschaft solche Konflikte nicht; diese aber herbeizuführen mit Gewaltmaßnahmen, heißt eine Katastrophenpolitik treiben, die sich am Wirtschaftskörper bitter rächt.

Die Lage auf dem Geldmarkt ist doch heute so, daß die Umlaufsmittel nicht vorhanden sind, welche die Wirtschaft zu ihrer Entwicklung braucht. Die P. K. K. P. repartiert ihre knappen Geldmittel in schärfster Form, so daß oft bei Lohnauszahlungen große Industrieunternehmen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Das wirkt sich weiter aus, führt zu Einschränkungen in den Betrieben, zu Arbeiterentlassungen und zu neuen schweren Komplikationen. Es ist festzustellen, daß die P. K. K. P. oft auf gedeckte Schecks von mehreren Milliarden nur einige hundert Millionen zahlen kann. Was soll nun die Industrie beginnen, wenn ihr nicht die Mittel zur Verfügung stehen, ihren Betrieb im Fluß zu halten? Mit Vorschüssen ist bei der Geldentwertung, die dauernd fortschreitet, niemandem gedient. Und wenn die Staatsunternehmen selber ihre Tarife um 100 bis 200 Prozent monatlich erhöhen müssen, muß selbstverständlich das notwendige Geld da sein, das nötige Umlaufsmittel beschafft werden, Zahlungen zu ermöglichen, wenn es nicht zu einem allgemeinen Stillstand in Handel und Verkehr kommen soll.

Auch in einzelnen polnischen Blättern leuchtet langsam diese Erkenntnis auf, und man versucht, Stimmung dafür zu machen, zur Selbsthilfe zu greifen. Ob diese Selbsthilfe eine Gesundung oder eine weitere Verschlimmerung bedeutet, ist unschwer zu sagen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß es in einem Staate nicht mehrere nebeneinander hergehende Währungen geben darf, da das zur Zersplitterung und zur Verwirrung führt. Interessant ist auf jeden Fall, was zu dieser Frage der „Expreß Gieldowy" zu sagen hat. In Nr. 38 vom 10. November heißt es:

„Seit einiger Zeit wird immer wieder schon des frühen Morgens die fatale Nachricht verbreitet, daß die Polnische Landesdarlehnskasse nicht zahlt. Sie zahlt nicht den Banken, sie zahlt nicht den Privatpersonen! Handel, Industrie und Börse stehen wehrlos vor der Tatsache, daß der Staat nicht genügend Umlaufsmittel besitzt. Die fast ausschließliche Verwendung der ununterbrochen gedruckten Polennoten für den Aufkauf fremder Devisen zwecks Schaffung der Grundlagen für die kommende Emissionsbank bei gleichzeitiger Eindämmung der Kredite für die Banken hat eine Lage geschaffen, die weder Industrie, noch Handel und Finanzen lange werden aushalten können. Vergessen wir nicht, daß der Wert der Polennoten, die gegenwärtig im Umlauf sind, 12 Millionen Dollar beträgt. Würden wir also eines Tages alle unsere Polennoten dem Staatsschatz zur Verfügung stellen, dann könnte der Staat dafür drei Millionen Paar Schuhe oder 8 Millionen Hemden, 1 700 000 Anzüge oder 240 Millionen Pfund Zucker oder 12 Milliarden Pfund Brot kaufen, was im Verhältnis zu einem Dreißigmillionenvolk ein ebenso lächerliches wie tragisches Bild gibt. Wenn wir aber die Summe von 12 Millionen Dollar irgendwie mit der Fülle unserer Naturreichtümer zu vergleichen versuchen, deren Ausbeutung gerade eine Quelle unseres Wohlstandes und der Gesundung unserer Finanzen sein müßte, wenn wir uns die Bedeutung unserer geographischen Lage zwischen dem Osten und dem Westen vergegenwärtigen, dann wissen wir tatsächlich nicht, ob wir über unsere Tatennot weinen oder über die Engigkeit der Ansichten unserer Staatsmänner lachen sollen. Der Banknotendruck und jede Zeichnung von Wechseln führt nur dann zum Bankrott, wenn der Wert des Realvermögens des betreffenden Staates oder der betreffenden Person überschritten wird oder in keinem Verhältnis zu deren Leistungsfähigkeit steht. Der Einschlag einiger Millionen Altholz in den Staatswäldern und die Einwechslung in Pfund Sterling oder Dollar würde genügen, um starke Grundlagen für eine weit größere Inflation als die gegenwärtige zu schaffen. Die im Umlauf befindliche Notensumme ist also schon allein im Verhältnis zum Werte des staatlichen Altholzes lächerlich. Wenn wir also nun für Auslandsdevisen immer größere Summen zahlen, dann kommt hier eine zweite Ursache ins Spiel, und das ist die Saumseligkeit und Unbeholfenheit des Schuldners, der lieber Wechsel unterschreibt, als daß er Wälder ausrodet. (Soll heißen: produktive Arbeit leistet! Die Schriftltg.) Die Initiative bei der Arbeit an dem Wohlstande Polens hat schon längst die Allgemeinheit ergriffen, die bedeutende Leute besitzt, die wirkliche Arbeit lieben wie ihr Vaterland. Diesen Leuten machen und machten die Regierungsnullen, die durch Parteikompromisse auf Ministersessel kamen, die möglichsten Schwierigkeiten. Jetzt drücken sie infolge des Mangels an Umlaufsmitteln die Industrie, den Handel und die Finanzen so, daß das Wirtschaftsleben bald ganz ersterben wird. Es ist Zeit, an den Selbstschutz zu denken, der sowohl dem Staate als auch der Gesellschaft zum Guten gereichen wird. Ein Mittel dieses Selbstschutzes wäre die Emission von durch Städte, Banken und wirtschaftliche Institutionen garantierten großpolnischen Bons. Zu diesem Vorschlag bemerken wir noch, daß ähnliche Bons noch vor kurzem im Westen, beispielsweise in Frankreich, im Umlauf waren. Die Gesellschaft wird erleichtert aufatmen, und Herr Kucharski wird von sich sagen können, daß er weniger gedruckt hat, als die vorigen Regierungen!"

Eine Änderung muß in dieser Richtung vorgenommen werden, wenn wir nicht eines Tages vor einer ähnlichen Lage wie Deutschland stehen wollen, wo jeder größere Betrieb im Lande beinahe seine eigene Währung besitzt. Es wird zwar ein Selbstschutz der Industrie für die Regierung ein Druckmittel bedeuten; ein gutzuheißendes Mittel kann jedenfalls eine Lösung in diesem Sinne nicht sein.

Vom Finanzministerium selbst hat die Initiative auszugehen. Alle anderen Wege stören den Wiederaufbau des Staates. Wiederaufbau ist aber heute die wichtigste Frage, und alle Mittel, die zur Zersplitterung der Kräfteeinheit führen, sind nicht zu unterschreiben.

Aus der polnischen Presse.

Um den Thorner Wojewoden.

Das Thorner Rechtsorgan „Słowo Pomorskie", bekanntlich jenes Blatt, das mit dem Wojewoden Brejski in besonders harter Fehde liegt und dieserhalb mehrere Presseprozesse über sich ergehen lassen mußte, beschäftigt sich in der Ausgabe vom 8. d. Mts. mit Äußerungen polnischer Linksblätter, wonach alle bisher verbreiteten Meldungen über einen bevorstehenden Rücktritt Herrn Brejskis aller Grundlagen entbehren. Das Blatt verharrt auf dem auch vom „Kurjer Pozn." eingenommenen Standpunkt, daß der Rücktritt Herrn Brejskis unvermeidlich sei, und beruft sich hierbei auf das Ergebnis der Wahlen zum Sejm und Senat, an dem gemessen ein weiteres Verbleiben Brejskis auf seinem Posten geradezu paradox erscheine.

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Ein gut ausgedachter, folgerichtiger Feldzugsplan, der achtundneunzig Prozent Wahrscheinlichkeit des Gelingens für sich hatte, mußte Funke zugeben. Wer ihn entworfen hatte, war kein Dummer. Wenn man ihn nur erst hätte! Die Haussuchung beim Theaterportier hatte keine Verdachtsmomente ergeben. Der Mann, der schon seit Jahren seinen Türhüterposten bekleidete, war natürlich außer sich, daß man ihn nach all dem ausgestandenen Schrecken auch noch der Mittäterschaft verdächtigte, und hatte angekündigt, er werde sich bei der Regierung beschweren. — Gut, das mochte er tun.

Auf einem Messingknopf seiner Livree war ein undeutlicher Fingerabdruck gefunden worden, zu dem es aber in der Kartothek der Polizei kein Pendant gab. Photographische Vergrößerungen dieses Fingerabdrucks waren nach allen Polizeibehörden des Landes unterwegs mit der Anfrage, ob man diesen Abdruck kenne. Bisher war aus keiner der vier Himmelsrichtungen eine Meldung über ein verdächtiges Automobil oder Fuhrwerk eingetroffen.

Blieb also als einziger Anhaltspunkt der rätselhafte Rechtsanwalt Meier III, von dem man nicht einmal genau wußte, ob er ein Männchen oder ein Weibchen war. Ein sehr rissiger Ariadnefaden in diesem Labyrinth!

Meier III hatte einen blonden Schnurrbart, trug einen hellen Sommeranzug und besaß einen Foxterrier Ajax, der aber auch ein Pinscher sein konnte. Einen Schnurrbart kann man wegrasieren, einen hellen Sommeranzug kann man wechseln oder färben lassen — hole der Teufel solche „Anhaltspunkte"!

Und der Hund Ajax? Mit dem Hunde hatte es offenbar eine besondere Bewandtnis. Seit zwei Tagen häuften sich die Anzeigen über Hundediebstähle. Aus allen Stadtvierteln kamen die Anfragen, ob auf der Polizei kein Ami, Butzi, Hektor, Waldmann, Flock, Lux, Schnauz, Fips und so weiter abgegeben worden sei. Heulende alte Jungfern erschienen und drohten, ins Wasser zu gehen, wenn sie ihren süßen Köter nicht wiederbekämen; die jourhabenden Polizeibeamten waren der Verzweiflung nahe, und das „Breckendorfer Tageblatt" verdiente ein Heidengeld an den Anzeigen: „Echter Rassehund entlaufen."

Assessor Funke war überzeugt, daß auch diese Hundediebstähle von der „Villa Sonnenstrahl- und Lohengrinbande" ausgingen. Aber was verfolgten sie für einen Zweck damit? Es war, um den Verstand zu verlieren!

Der Maharadscha hatte recht: die Stadt war verhext.

Meier III hatte seit dem Briefchen an der Telephonzelle nichts mehr von sich hören lassen. Ob er überhaupt noch in Breckendorf war? Selbstverständlich hatte Funke dem Fremdenheim Sanitas, das der Bandit so großmütig als seinen bisherigen Wohnsitz angegeben hatte, einen Besuch abgestattet. Auch hier kein wesentliches Ergebnis.

Mit drei Kriminalbeamten war Funke im Fremdenheim eingerückt, zwei weitere Schutzleute in Zivil bewachten den Hauseingang, — eine höchst überflüssige Belagerung, da Meier III laut seiner eigenen Angabe bereits am Nachmittag zuvor ausgezogen war. Er hatte unter dem Namen Walter von Wartenberg, Schriftsteller aus Hamburg, gewohnt und war ordnungsmäßig polizeilich angemeldet. Seit drei Jahren erschien er regelmäßig im Sommer für einige Wochen zur Kur, zahlte pünktlich, beschwerte sich nie über die recht gesalzenen Preise, gab gute, aber nicht auffällig hohe Trinkgelder. Bei den übrigen Pensionsgästen war er sehr beliebt, da er ausgezeichnet Witze zu erzählen verstand, aufs ergötzlichste Menschen- und Tierstimmen nachzuahmen wußte. Erst neulich, als es so regnete, hatte er die ganze Gesellschaft köstlich mit Taschenspielerkunststückchen unterhalten. Der Mann könnte nach Ansicht der Pensionsinhaberin Tausende mit seiner Kunst verdienen, wenn er zum Brettl ging; aber das hatte er augenscheinlich nicht nötig.

Weshalb er so plötzlich ausgezogen sei? — Er sei überhaupt nicht plötzlich ausgezogen, sondern habe schon vor mehreren Tagen gesagt, er müsse demnächst heimreisen.

Ob in der Pension schon einmal Diebstähle vorgekommen seien? — Was dem Herrn Assessor einfiele. Dies sei ein erstklassiges Haus, in dem so etwas ganz ausgeschlossen sei. Das Dienstpersonal sei schon seit Jahren da.

„Ausgeschlossen" seien Diebstähle überhaupt nirgends. Ob jemand Herrn von Wartenberg habe abreisen sehen? — Sie sei doch nicht zur Überwachung ihrer Gäste da. Er habe sich einen Dienstmann genommen und sein Gepäck an die Bahn bringen lassen. Das machten fast alle Fremden so.

Ob Herr von Wartenberg viel Gepäck gehabt habe? — Nur eine Handtasche und einen großen Lederkoffer. Er habe einige Bücher und Familienbilder besessen, darunter ein schönes Frauenporträt in Öl, das er stets über den Schreibtisch gehängt habe.

Was das für Bücher gewesen seien? — Detektivromane, aber auch geschichtliche Memoiren. — Wen das Familienbild vorgestellt habe? — Wahrscheinlich seine Mutter. — Warum nur wahrscheinlich? Sei es ihm denn nicht ähnlich gewesen? — Das habe sie nicht finden können.

Es sei merkwürdig, daß sie einen so alten Gast des Hauses nie gefragt habe, wen das Bild eigentlich vorstelle? — Das sei gar nicht merkwürdig, und sie verbäte sich diesen Ton. Sie sei eine unbescholtene Steuerzahlerin und Offizierstochter.

„Sie haben sich überhaupt nichts zu verbitten, sondern die vorgelegten Fragen zu beantworten und im übrigen den Mund zu halten! Verstanden?" Ob auf dem Lederkoffer vielleicht irgend ein Zettel von auswärtigen Hotels oder Gepäckstellen geklebt hätte? — Darauf habe sie nicht geachtet.

Ob der angebliche Schriftsteller jemals aus seinen Werken etwas vorgelesen habe? — Er sei öfters aus der Gesellschaft dazu aufgefordert worden; aber er habe geantwortet, so was täte er grundsätzlich nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Das Programm der englischen Arbeiterpartei.

Das Arbeitsprogramm der Arbeiterpartei ist ungefähr folgendes:

1. **Außenpolitisch: Vollkommene diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung, Einberufung einer Konferenz zur Regelung der Reparations- und Schuldenfrage und zur Revision des Versailler Vertrages. Zu dieser Konferenz werden die Alliierten, Amerika, Deutschland und Rußland als gleichberechtigte Teilnehmer eingeladen werden.**

2. **Innere Politik: Produktive Arbeitslosenfürsorge durch große Arbeiten, umfassender Wohnungsbau,** Reform der Sozialversicherung, **Ermäßigung der indirekten Steuern auf Zucker, Tee usw., Erhöhung der Erbschaftssteuer und Besteuerung der großen Kapitaleinkommen.**

„Daily Herald" führt aus, es würde besser sein, wenn die Arbeiterpartei erklärte: **Wir wollen die Regierung übernehmen, wir sind die einzige Partei, die die Arbeitslosenpolitik hat, wir sind die einzige Partei, die eine auswärtige Politik hat.** Wenn dann wieder die Zeit für eine Befragung der Wählerschaft kommt, werden wir zeigen, was wir für das Volk versucht haben. „Daily Herald" erklärt zum Schluß, es könne an keinen Tauschhandel mit irgend einer anderen Partei wegen Unterstützung gedacht werden. Keinerlei Arbeitsvereinbarung könne erwogen werden.

Baldwin und die Agitation der Zeitungskönige.

Der Beschluß **des englischen Kabinetts,** noch bis zum Zusammentreten des neugewählten Parlaments am 8. Januar die Regierung weiterzuführen, ist gefaßt worden, nachdem alle führenden Politiker Baldwin die Versicherung gegeben haben, daß sie seine Regierung bis zu einer Entscheidung des Unterhauses im Januar unterstützen werden. Die politische Auswirkung dieses Beschlusses bedeutet eine Niederlage der ehemals konservativen Zeitungskönige Beverbrook und Rythermere, der Brüder des berüchtigten Lord Northcliffe, die erst gegen Baldwins Schutzzollpolitik Propaganda machten, um ihrem Schützling Lloyd George zu einem Wahlsiege zu verhelfen, und die dann verlangten, daß der unfähige politische Führer Baldwin sofort zurücktreten müsse. In der ersten Bestürzung nach der Niederlage verlor eine Anzahl unionistischer Führer gleichfalls den Kopf und schlossen sich den Angriffen gegen Baldwin an. Kaum aber hatten die Parteiführer erkannt, daß das Kesseltreiben der Zeitungskönige gegen Baldwin nichts weiter darstelle als ein Manöver, um die öffentliche Aufmerksamkeit von der politischen Verantwortung abzulenken, als auch schon von der Mehrheit der konservativen Partei Baldwin eine Vertrauenskundgebung erhielt, in der er aufgefordert wurde, nicht nur sein Amt als Ministerpräsident bis zum Zusammentritt des Parlamentes zu behalten, sondern ihm auch das Vertrauen als Parteichef ausgesprochen wurde. In der Verteidigung des in allen Schichten des englischen Volkes hochgeachteten Baldwin gegen den Haß der Zeitungskönige haben sich heute zahlreiche Elemente der konservativen Partei zusammengefunden, die Baldwin noch vor wenigen Tagen wegen des Verlaufs des Wahlkampfes und des Bekenntnisses des Kabinetts zum Schutzzoll heftige Vorwürfe machten.

Wie sich Baldwin aus der Affaire ziehen will.

Nach dem „Daily Telegraph" wird Baldwin an Stelle der Minister, die Wahlniederlagen erlitten haben, Neuernennungen **vornehmen.** Baldwins Vorschlag, **der** wahrscheinlich im Kabinett **gegen eine Minderheit angenommen werden dürfte, findet den Beifall der „Morningpost",** des **„Daily Telegraph"** und der **„Times",** während die Blätter der Zeitungskönige, „Daily Mail" und „Daily Expreß", **den sofortigen Rücktritt des Ministerpräsidenten** fordern. Die „Daily Mail" verlangt, daß Baldwin einem anderen konservativen Führer, etwa Balfour oder Sir Robert Horne, Platz machen soll, während „Daily Expreß" darauf besteht, **daß Baldwin sofort Ramsay Macdonald die Regierungsgewalt übertragen solle, damit er ein Kabinett bilden könne.**

Die Schweiz gegen die Eisenbahnregie am Rhein.

Der Berner Korrespondent des „Züricher Tagesanzeigers" bespricht unter der Überschrift „Die Schweiz als Leidtragende" die Rückwirkung der franko-belgischen Eisenbahnregie auf die Schweiz und gelangt zu der Schlußfolgerung, daß bei deren Verwirklichung entweder die Schweiz die hohen Frachtsätze der Regie zahlen müsse und damit aus ihrer Haut zum großen Teil die Gewinne zur Deckung der Reparationsschulden geschnitten würden, oder daß sie für Import und Export ausschließlich den französisch-belgischen Wegen ausgeliefert sei. Was für die Eisenbahn gelte, gelte erst recht für die Rheinschiffahrt. Wer die Eisenbahnzufahrtslinien zu den Rheinhäfen in der Hand habe, habe auch den Rhein selbst in der Hand. **Die Schweiz wäre also mit ihrer gesamten Wirtschaft ohne wirksame Gegenmittel der französisch-rheinischen Verkehrs- und Tarifdiktatur ausgeliefert.**

Anders sei es aber, wenn die Bahnen des Rheinlandes in dem Gesamtnetz der deutschen Eisenbahnen bleiben würden. Sie müßten dann allerdings an den Reparationen mittragen; aber gerade deshalb hätte die Reichsbahn ein Interesse daran, auf diesen fruchtbaren Zweig ihres Netzes recht vielen Verkehr zu ziehen. Da ihr die Möglichkeit von Ausnahmetaxen zugunsten des Eigenverkehrs fehle, könne sie das nur, wenn sie die Taxen des ganzen Netzes niedrig halte. Der Wettbewerb holländischer und deutscher Häfen gegen die belgisch-französischen Häfen würde einen neuen Anreiz erhalten. Den Nutzen daraus würden die Schweiz, Holland und Italien ziehen. Im Plane Italiens und sogar in den Absichten des Reparationsplanes Belgiens, das wohl bei einem Übergewicht der französischen Beteiligung auch für Antwerpen Befürchtungen hege, solle es liegen, daß die Einnahmen der ungeteilten deutschen Reichsbahn zugunsten der Reparationen verpfändet würden. In gleicher Richtung dürften auch die schweizerischen Interessen gehen.

Die Einreise in die Schweiz wieder erleichtert.

Die Schweiz hatte kürzlich unter den verschärften Einreisebestimmungen für Deutschland auch die Bestimmung erlassen, daß solchen Kurgästen, die früher nicht in der Schweiz gewesen waren, keine Erlaubnis zum Kuraufenthalt in der Schweiz gegeben werden könne. Auf eine Interpellation im Nationalrat, zugunsten der notleidenden Hotelindustrie diese Verfügung wieder fallen zu lassen, wurde heute im Nationalrat von Regierungsseite erklärt, daß sie wieder aufgehoben sei. Die Vertretungen der Schweiz im Auslande seien angewiesen, auch neuen Kurgästen ein Visum zu erteilen, falls kein Mißbrauch damit getrieben werde.

Die separatistische Banditenwirtschaft in der Pfalz.

Die Separatisten in Ludwigshafen haben einen großen Teil der Erwerbslosen dadurch für sich gewonnen, daß sie ihnen beträchtliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung versprachen. Das dazu nötige Geld suchten sich die Separatisten dadurch zu verschaffen, daß sie in einer Ludwigshafener Druckerei Notgeld drucken lassen wollten. Als sich dies nicht als durchführbar herausstellte, plünderten sie nachts die Läger Ludwigshafener Firmen und verteilten das Geraubte an die Erwerbslosen. Da die meisten der geplünderten Lager erschöpft sind, sind die Separatisten in Verlegenheit, wie sie sich die Erwerbslosen weiter sichern sollen. Eine weitere Folge der Ausplünderungen in Ludwigshafen ist die, daß die Geschäftsleute die Lager nicht mehr auffüllen, da sie sich nicht nochmals den Plünderungen der Separatisten aussetzen wollen. Es werden also in Kürze die Läden des Einzelhandels ausverkauft sein und damit ein großer Mangel an Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs eintreten, worunter die gesamte Bevölkerung zu leiden haben wird.

Das Gebäude der pfälzischen Kreisregierung in Speyer befindet sich seit der Besetzung der Separatisten in einem vollständig verwahrlosten Zustande, da die Separatisten in dem Gebäude wie die Vandalen hausen. Alles, was nicht niet- und nagelfest ist, wie zum Beispiel Schreibmaschinen usw., ist von den Separatisten gestohlen und verschleppt worden. Aus den Ledersesseln wurde das Leder herausgeschnitten. Die Vorhänge, Gardinen usw. wurden gestohlen.

Der Beauftragte der „separatistischen autonomen Pfalzregierung" für den Bezirk Kaiserslautern, ein gewisser Nicky, zwang den „Pfälzer Volksboten" zur Veröffentlichung eines Strafregisterauszugs, worin eine Reihe von Firmen der Städte Kaiserslautern und Landstuhl aufgeführt sind, die von der „autonomen Regierung" zu hohen Geldstrafen verurteilt wurden, zumeist wegen Beleidigung von Angestellten und Beamten der separatistischen „Regierung". Bemerkenswert ist, daß sich unter den „Bestraften" auch ein Regiearbeiter befindet.

Meuterei „separatistischer Truppen".

Zu einer Meuterei „separatistischer Truppen" kam es am 30. November anläßlich eines Löhnungsappells im Regierungsgebäude von Speyer. Als 80 000 französische Frank, die von **auswärts geholt wurden,** an die Separatisten in Kompagnien zur **Auszahlung kommen** sollten, fehlten 50 000 Franken. Es waren **nur 30 000 Franken vorhanden, so daß die Löhnung nicht vollständig ausgezahlt werden konnte. Die darüber aufs höchste empörten Separatisten verprügelten daraufhin den Zahlmeister und drangen in das im zweiten Stock liegende Zimmer des sogenannten Exekutivkomitees ein,** wobei sie den anwesenden Führern vorwarfen, **das abhanden gekommene Geld für sich auf die Seite geschafft zu haben. Es gelang dem anwesenden Heinz Orbis mit zwei anderen** Separatistenführern erst dadurch die meuternden Truppen zu beruhigen, daß sie ihre Kassen leerten und die fehlende Summe zur Verfügung stellten.

Italienisch-spanische Abmachungen.

Der **Berichterstatter** der „Times" teilt Einzelheiten über den **kürzlich** abgeschlossenen italienisch-spanischen Handelsvertrag mit. **Primo de Rivera erblickt in der wirtschaftlichen Annäherung der beiden Länder das Vorspiel zu einem künftigen Bündnisvertrage. Zunächst sollen die Verkehrswege zwischen Italien und Spanien verbessert werden.** Insbesondere wird beabsichtigt, **einen neuen Luftverkehrsweg zwischen Genua und Barcelona einzurichten. Ein spanisch-italienisches Exportkonsortium verfolgt den Zweck, die Konkurrenz zwischen dem italienischen und spanischen Exporthandel durch die Aufteilung des Auslandes in italienische und spanische Exportzonen auf ein Mindestmaß einzuschränken.**

Vom Aufstand in Mexiko.

Berlin, 12. Dezember. (Pat.) Nach Meldungen aus Mexiko sprengten Aufständische die Eisenbahnbrücke im Gebiet von Verdo in die Luft, indem sie auf diese Weise die Verbindung zwischen El Pasa und Mexiko unterbrachen.

Teuerungsunruhen der Pariser Polizisten.

Paris 12. Dezember. (Pat.) Heute demonstrierten auf dem Platz vor dem hiesigen Rathaus eine Menge von Polizeifunktionären, die zur Zeit keinen Dienst hatten, indem sie Erhöhung des Teuerungszuschlages forderten. Während eines Kampfes gegen die im Dienst befindliche Polizei wurden unter anderem 2 höhere Beamte der städtischen Polizei, die die Manifestanten beruhigen wollten angegriffen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Hoovers Bericht über die Ernährungslage in Deutschland.

Der amerikanische Handelsminister Hoover hat im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses einen ausführlichen Bericht über die Ernährungslage in Deutschland eingereicht, der dazu bestimmt ist, anzugeben, warum Präsident Coolidge der deutschen Regierung erlaubt hat, eine Nahrungsmittelanleihe aufzunehmen.

Die verschiedenen Gründe, die Deutschlands Ernährungsnot herbeigeführt haben, sind der Zusammenbruch der deutschen Währung und weiterhin der Umstand, daß die deutschen Landwirte nicht in der Lage sind, ihre Erzeugnisse gegen wertloses Papiergeld zu liefern. Endlich sei durch zunehmende Arbeitslosigkeit die Kaufkraft der Bevölkerung geschwächt. Der deutsche Mittelstand, die Rentner, die Arbeiter und die Kriegsinvaliden, soweit sie in den Großstädten wohnten, etwa 20 Millionen Menschen, sind in erster Linie die Leidtragenden dieses akuten wirtschaftlichen Zusammenbruches, unter dem die Kinder am schwersten zu leiden haben. Der Bericht stellt dann fest, daß Deutschland im laufenden Wirtschaftsjahr **bis zu 50 Millionen Bushels Brotgetreide sowie insgesamt 700 000 Tonnen Speck einführen** müsse.

Hoover fährt dann wörtlich fort: Die beste Lösung des Problems besteht in der Schaffung eines ausländischen Handelskredits für Lebensmitteleinfuhr. Solche Operation würde nicht nur eine gesteigerte Einfuhr erbringen, sondern durch den Verkauf der eingeführten Lebensmittel würde auch eine Gesundung des Volksvermögens erzielt werden, und es werde dadurch auch möglich sein, die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung und für Volksspeisungen aufzubringen. Eine solche Maßnahme werde aber nur provisorischen Charakter haben können. Die endgültige Lösung werde nur durch Anbahnung der politischen Beziehungen, Wiederherstellung der Währung und der Produktion der Industrie herbeigeführt werden. Dies würde aber auf jeden Fall Zeit erfordern.

Deutsches Reich.

Das kommende Mietzinsgesetz.

Der „Lokalanzeiger" will über den abgeänderten Entwurf des Mietzinsgesetzes erfahren haben, daß der nunmehrige Entwurf gleichfalls die gestaffelte Aufwertung der Mieten auf Friedenshöhe bis zum 1. Oktober 1924 vorsehe. Die im Entwurf aufgeführten Sätze seien jedoch nur Mindestmieten, über die die Landesbehörden, denen die endgültige Festsetzung obliege, im Bedarfsfalle hinauszugehen befugt seien. Die so errechneten Mieten sollen den Hausbesitzern restlos zufallen, ohne daß an eine Beteiligung des Reiches an den Mieten gedacht sei. Für diesen Fall würden dann vom Reiche Mittel für Wohnungsbauten nicht zur Verfügung gestellt werden. Man hoffe vielmehr, daß diese Mittel aus den erhöhten Mieten, die den Hausbesitzern zufallen, geschöpft werden. Der Einnahmeausfall des Reiches dürfte durch eine Wohnsteuer, vielleicht auch durch Erfassung der Gewinne bei der Hypothekenentwertung ausgeglichen werden. Endgültige Beschlüsse darüber liegen jedoch nicht vor.

Sowjetrußland.

Rußland und Frankreich.

Im Leitartikel der „Jswestija" erklärt Steklow über den Stand der russisch-französischen Beziehungen, die Anerkennung der Vorkriegsschulden sei von einer vorherigen Uebereinkunft über die Gewährung eines Kredits an Rußland abhängig. Rußland verlangte Garantie gegen jede mittelbare und unmittelbare Intervention, die Desavouierung der russischen Weißgardisten und den Abbau rußlandfeindlicher politischer Kombinationen.

Die Zusammensetzung des neuen Moskauer Sowjets.

Der neue Moskauer Sowjet setzt sich aus 1696 Mitgliedern der kommunistischen Partei und 219 Parteilosen zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Kamieniew gewählt.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.



Das schönste Weihnachtsgeschenk finden Sie in der Ausstellung

echter Perser- und oriental. Teppiche

im Saale der „Gospoda Polska“, św. Marcin Nr. 40.

Nur noch kurze Zeit.

Antike Museumsteppiche!

Ohne Kaufzwang! Den ganzen Tag geöffnet.

Die Beerdigung des

Rittergutsbesitzers Wilhelm Hoberg

findet am **Sonnabend, dem 15. Dezember d. Js., 10 Uhr vormittags** von der katholischen Kirche in **Kostrzyn** aus statt.

Wagen um 3/4 10 Uhr am Zuge.

Nachruf.

Am 8. d. Mts. verschied unerwartet der

Amtsrat und Rittergutsbesitzer

Wilhelm Hoberg

auf Gwiazdowo bei Kostrzyn.

Unser Unternehmen wurde durch Herrn Hoberg im Jahre 1895 mitbegründet. Von der Gründung an bis zu seinem Ableben blieb er Geschäftsführer desselben. Seine starke Schaffenskraft und sein ausgezeichneter Rat in allen einschlägigen Fragen war uns stets willkommen und brachte uns Gewinn. Die Einrichtung der Filiale Kostrzyn geschah auf seine Veranlassung. Ein treues und dankbares Angedenken in unserem Unternehmen bleibt dem Verstorbenen gesichert.

Pobiedziska u. Kostrzyn, den 12. Dezember 1923.

Die Geschäftsführer und der Aufsichtsrat des Pudewitzer Kaufhaus G. m. b. H.

Szafranek & Gbiorczyk

Telephon 3529. **Poznań.** ulica Fredry 6.

Fabrik für Zentralheizungs- und Lüftungs-Anlagen

Außer Dampf- und Warmwasserheizungsanlagen führen wir als Spezialität aus:

Trockenanlagen für die Holz- u. chemische Industrie. Narag-Heizungsanlagen. — Abwärmeverwertung.

Eigene Fabrikation von

Boilern u. Reservoiren. — Autogenschweißerei. — Kesselschmiede. — Reparaturwerkstätte für Explosionsmotoren sämtlicher Systeme. — Be- und Entwässerungsanlagen.

Ia Referenzen u. Empfehlungen. Ingenieurbesuche u. Offerten kostenlos.

Für den Christbaum Glasschmuck Lametta Engelshaar

Wunderkerzen, Lichte, Lichthalter in grösserer Auswahl empfiehlt

Drogerie Universum, Poznań, Fr. Ratajczaka 38.

Alt-Blei

von alten Bleiröhren (Weichblei), sowie alle leere Zinn- u. Bleituben

kauft jedes Quantum

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Ein schönes Geschenk zu Weihnachten ist das

Posener Gesangbuch

Es ist in besseren Ausgaben mit Goldschnitt, in Leinwand u. Leder geb., vorhanden. Zu beziehen durch **Buchhandlungen** und vom Verlage der

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Poznań, Zwierzyniecka 6.

SUKIENNICE

Tuchhallen-Poznań, Stary Rynek Alter Markt **56.**

Ein Besuch der „SUKIENNICE“

liegt im Interesse eines Jeden

Gute Waren. — Große Auswahl. — Niedrigste Preise.

Sonderangebot!

Posten I

enthält 800 Meter wollener Erzeugnisse aus Bielsko für praktische Mäntel — Ulster — Anzüge und Kostüme.

Das Meter zu

3,950 000 Mk.

Sonderangebot!

Posten II

enthält 1200 Meter wollener Erzeugnisse aus Bielsko für elegante Mäntel — Ulster — Anzüge — Hosen u. Kostüme.

Das Meter zu

5,800 000 Mk.

Reste u. Coupons 20% unter Tagespreis.

Sämtliche Winterwaren bedeutend ermäßigt.

Tuch-Ausschnitt Erklassiger Erzeugnisse der Bielsko-Biała-Zgierz-Tomaszów u. ausländ. Fabriken.

Warmer, halbhoher **Damenfußsack u. Opossum-Muff** zu tauschen gesucht gegen dunkle, gut erh. **Pelzgarnitur.** Off. u. **K. 4458** an die Geschäftst. d. Bl. erbeten.

Suche für meine Schwester, Landwirtstochter, 27 Jahre, evang.,

Heirat

mit Landwirt oder Beamten. Vermögen und Aussteuer vorhanden. Off. unt. **G. 4436** an die Geschst. d. Bl. zu senden.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A

Wolnica.

Freitag, 14. Dezember, abends 3¾ Uhr.

Sonnabend, morg. 7½ Uhr, vorm. 10 Uhr, nachm. 4 Uhr Mincha mit Jugendandacht u. Predigt.

Sabbatausgang abends 4 U. 30 Min.

Werktags-Andacht.

Morgens 7 Uhr und abends 4 Uhr.

Dienstag (Fasttag 10 Tewes) 3¾ Uhr abends. Fastenende 4 Uhr 30 Min.

Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.

Synagoge B

Ulica Dominikańska.

(Israel. Brüdergemeinde).

Freitag, 14. Dezember, abends 4 Uhr.

Sonnabend, 15. Dezember, vorm. 10 Uhr.

Forstwirtschaftspläne

wie sie z. Zt. von der Regierung gefordert werden, **fertigt schnellstens an.**

Forsttechnische Beratung

speziell für Dauerwaldwirtschaft, übernimmt

Oberförster Rolle, Linie,

Post Zembowo, Kreis Nowy Tomyśl.

Tanzschule Ilse Berger,

Poznań, ulica Ogrodowa 5.

Ausgebildet u. geprüft v. Ballettmeister Kulesza in Warschau.

Fortgeschrittener Kursus

beginnt am Montag, dem 17. Dezember d. Js.

Anfänger-Kursus

am Mittwoch, dem 19. Dezember d. Js.

Anmeldungen täglich. — Alle Salontänze. — Neueste Figuren.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 13. 12., 7½ Uhr: **„Das Schloß in Czorsztyn“**, Oper von Kurpiński und **„Hochzeit in Ojcowo“**, Ballett. (Abonnement ungültig).

Freitag, den 14. 12., 7½ Uhr: **„Lohengrin“**, Romant. Oper v. Wagner. (Gastsp. Tadeusz Dura.)

Sonnabend, den 15. 12., um 7½ Uhr: **„Rigoletto“**, Oper von Verdi.

Sonntag, den 16. 12., nachmittag: **„II. Abend der Tanzkunst“**. (Ermäßigte Preise).

Sonntag, den 16. 12., abends: **„Glocken von Corneville“**, Komische Oper von Planquette.

Für unsere kleinen Lieblinge

haben wir auf vielfachen Wunsch beschlossen,

Sondervorstellungen

um 4½ Uhr

wegen des Andranges bei den späteren Seancen (6½ und 8½ Uhr) zu geben.

Die Direktion des Teatr Pałacowy.

Viktoriaerbsen
Felderbsen
Peluschken
Ackerbohnen
Gartenbohnen u.
Wicken

kaufe zu höchsten Tagespreisen

und erbitte bemusterte Offerte.

Emil Blum

Danzig Karmelitergasse 5 Telephon 1166 u. 5255.

Opalenica Telephon 33.

Das erfolgreichste Insertions-Organ

ist nach wie vor das am

meisten gelesene und verbreitetste

Posener Tageblatt

(Posener Warte).

Größte Auflage im hiesigen Bezirk.



Weihnachtsbäume

empfiehlt in großer Auswahl

Joh. Schiller

Neuer St. Paulifriedhof

ul. Grunwaldzka 48

vis-à-vis dem Diakonissenhaus.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 13. Dezember.

Herzliche Bitte für die Altershilfe.

Weihnachten steht vor der Tür, und alle Hände rüsten sich, das Fest zu feiern, wie es gefeiert werden soll: als Fest der Liebe, als Fest des Gebens. Wem steigen da nicht Erinnerungen an die eigene Jugendzeit auf, an die Weihnachtsfeste, die Elternliebe und Fürsorge unvergeßlich machten? Danket auch jetzt noch Euren Eltern für die glückliche Jugendzeit und schaffet denen, die mit Euren Eltern jung waren und jetzt einsam und verlassen der Not der Zeit preisgegeben sind, ein Weihnachtsfest voll gebender Güte, ein Weihnachtsfest, das in ihr trübes Leben Freude und Licht bringt. Kommt Eurer Ehrenpflicht nach und gebet der Altershilfe! Geldspenden nehmen alle deutschen Banken, Lebensmittel das Bureau der Altershilfe, Wały Leszczyńskiego 2 (fr. Kaiserring) entgegen.

Wohlfahrtsdienst, Altershilfe.

Stadtverordnetensitzung.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung kam es zu einem Zwischenfall, dessen Urheber der Stadtv. Kowalewski war, der dem Magistrat vorwarf, daß er die Bedingungen, die bei der letzten Erhöhung des Straßenbahntarifs gestellt worden waren, nicht erfüllt habe. Entweder müsse der Tarif um 20 Prozent herabgesetzt werden, oder die Straßenbahnangestellten müßten entsprechende Zulagen erhalten. Bezüglich des angefochtenen Weiterbestehens des Doppeltarifs im Abendverkehr nach 10 Uhr erklärte der zuständige Dezernent, daß der Magistrat am Dienstag einen Beschluß gefaßt habe, durch den der Doppeltarif mit Gültigkeit vom 12. Dezember aufgehoben sei. Die Erklärung des Dezernenten über die Entlohnung der Straßenbahner rief den interpellierenden Stadtverordneten nochmals auf den Plan, da er sich mit ihr nicht zufrieden gab. Als von seiten des Magistrats auf seine Ausführungen nicht die erwartete Antwort erfolgte, ließ sich dieser zu dem Ausruf „Schurken" hinreißen. Dafür rief der Versammlungsleiter, stellvertr. Stadtverordnetenvorsteher Buggel, den animierten Stadtv. Kowalewski zur Ordnung. Während die Magistratsvertreter den Saal verließen, kritisierten die Stadtvv. Kierski und Pluciński sehr scharf das Verhalten des Gewerkschaftsvertreters. Stadtv. Kierski wies darauf hin, daß das Stadtparlament keine Schenke sei; Stadtv. Pluciński geißelte den Zustand des Interpellanten. Von einigen Stadtverordneten wurde in Zurufen verlangt, man solle den Stadtv. Kowalewski von der Sitzung ausschließen. Um die peinliche Angelegenheit zu erledigen, wurde eine Pause angeordnet, nach der Stadtv. Kowalewski eine Erklärung abgab, die eine Zurücknahme des schwer beleidigenden Ausrufs und die Ankündigung besagte, daß die Linke in Zukunft auf Angriffe der Rechten nicht ohne Reaktion bleiben werde.

Nach dieser Erklärung begannen die Beratungen über die Tagesordnung.

Die Vorlage über die Wohnungs- und Geschäftssteuer kam nicht zur Erörterung, da die erneute Beratung im Bauausschuß noch nicht beendet war.

Stadtv. Ziembiński berichtete über die

Angelegenheit des kommenden Schulrats,

der auf Grund eines Sejmgesetzes an die Stelle der bisherigen Schuldeputation treten soll. Einem Antrage des Magistrats an die Regierung, in dem um die Beibehaltung des bisherigen Systems angegangen wird, gab, wie der Referent mitteilte, der zuständige Ausschuß seine Zustimmung.

In der Aussprache führte Stadtv. Śniady einen Streich gegen die Geistlichkeit und hielt der Rechten vor, daß ihr das bisherige System naturgemäß genehmer sei. Dann zitierte er ein Beispiel für das Hineintragen der Parteipolitik in die Schule.

Mit Stimmenmehrheit erklärte sich die Versammlung für Beibehaltung der Schuldeputation. Vor der Abstimmung hatte Stadtv. Kowalewski darauf hingewiesen, daß die Stadtverordnetenversammlung gegen das betreffende Gesetz des Sejm opponiere.

Nachdem die feste Anstellung von 29 Magistratsassistenten beschlossen war und nach der Vornahme einiger Titelverstärkungen wurde **die Jahresrechnung der Wasserwerke für 1922** bestätigt.

Teuerungszulagen.

Den städtischen Beamten wurde eine **Zulage von 54 Prozent** bewilligt, ebenso den pensionierten Beamten sowie deren Hinterbliebenen. Die Zulage für die aktiven Beamten erfordert 9½ Milliarden, während die andere Zulage eine **Ausgabe von 330 Millionen** erfordert.

Nach **Erhöhung der Umlade- und der Fäkalienabfuhrgebühren** verlas der Versammlungsleiter eine Erklärung des Magistrats über den

neuen Aufsichtsrat der Straßenbahn.

Der Magistrat wählte von seiten des Magistrats den Stadtpräsidenten Ratajski und die Stadträte Drozdowicz und Piechocki, von der Stadtverordnetenversammlung die Stadtvv. Wybieralski, Buggel und Ballenstedt, aus der Bürgerschaft Rechtsanwalt Cichowicz, Direktor Samulski und den Direktor des Unternehmens „Siła i Światło", Sułoski. Obwohl das eigenmächtige Vorgehen des Magistrats von sämtlichen Parteien kritisiert wurde und die Verweisung der Angelegenheit an den Rechtsausschuß beantragt worden war, fand doch die Rücksicht auf die heute, am Donnerstag, stattfindende Generalversammlung der Straßenbahnaktionäre und auf die Vertretung der Stadtverordneten in dieser Versammlung mehr Raum, so daß die Wahl des Magistrats einstweilen Billigung fand.

Ein Antrag des Stadtv. Śniady, noch den Stadtv. Kowalewski, der sich übrigens zum Ergötzen der Versammlung von seinem Pult der Rechten aus an der Aussprache beteiligte, hinzuzuwählen, fand wenig Anklang und wurde abgelehnt. Nach der Abstimmung schloß Stadtv. Buggel die Sitzung mit Worten des Bedauerns über den eingangs geschilderten Zwischenfall.

Personalnachricht. Zum Posener Vizewojewoden ist der Abteilungschef Józef Nikodemowicz **ernannt worden. Er hat sein Amt bereits übernommen.**

× Die Weihnachtsschulferien beginnen auf Anordnung des zuständigen Ministers am Sonnabend, 22. Dezember, und dauern bis einschl. Mittwoch, 2. Januar 1924. Der Unterricht wird am Donnerstag, 3. Januar, wieder aufgenommen.

Der Multiplikator der Buchhändler wird mit Gültigkeit vom 15. Dezember auf 4000 er höht.

Der Hilfsverein deutscher Frauen erinnert noch einmal an den weiteren Verkauf der Handarbeiten usw. am Sonnabend und Sonntag (im Below-Knotheschen Lyzeum). Da der diesmalige Ausstellungsraum sehr beschränkt ist, wird zugleich dringend gebeten, daß Damen, die ihre Sachen ausgestellt haben und nicht zu kaufen beabsichtigen, die Ausstellung nicht besuchen, so daß für die Käufer Platz bleibt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz**, 12. Dezember. Da die Bevölkerung der Stadt Lodz mehr als die anderer polnischer Städte, abgesehen von Warschau, Verbindungen mit Amerika unterhält, ist, wie das „Słowo Pomorskie" erfährt, beschlossen worden, in Lodz ein amerikanisches Konsulat einzurichten. Die zuständige Washingtoner Stelle hat bereits ihre Genehmigung dazu erteilt.

Aufwertung der Hypotheken.

Der V. Zivilsenat des Reichsgerichts in Berlin hat am 28. November zu der weiteste Kreise interessierenden Frage der Aufwertung bei Rückzahlung von Hypotheken Stellung genommen und unter Aufhebung eines Urteils des Kammergerichts folgenden Standpunkt von grundsätzlicher Bedeutung vertreten:

Die rechtliche Möglichkeit der Aufwertung ist gemäß § 242 B. G. B. anzuerkennen. Allerdings ist immerhin davon auszugehen, daß gemäß der Grundsätze von Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte die Umstände des einzelnen Falles zu berücksichtigen sind. Daraus folgt, daß nicht allgemein und schlechthin der Grundsatz aufgestellt werden kann, daß alle Hypotheken aufzuwerten oder im Verhältnis der Papiermark zur Goldmark zurückzuzahlen sind. Zu berücksichtigen sind auch die wirtschaftliche Lage des Schuldners, die Art des Grundstücks, ob es sich um städtische, industrielle oder landwirtschaftliche Grundstücke handelt. Ebenso sind die Belastungen des Grundstücks zu berücksichtigen. Die Bestimmungen des Währungsrechts stehen der Aufwertung nicht entgegen. Nach der Auffassung des erkennenden Senats hat der alles beherrschende § 242 B. G. B. das Vorrecht von der deutschen Währungsvorschrift von 1914. Tatsächlich hat der Gesetzgeber auch schon in vielen Fällen anerkannt, daß der Grundsatz Mark gleich Mark nicht aufrecht erhalten werden kann. (V. 31/23. — 28. 11. 23.)

In dem zur Entscheidung stehenden Fall handelt es sich um die Klage eines Rechtsanwalts in Berlin gegen einen Kaufmann auf Löschung einer Hypothek von 13 000 Mark, eingetragen auf einem Grundstück in Lüderitzbucht. Der Kläger ist Eigentümer dieses im Grundbuch von Lüderitzbucht eingetragenen Grundstücks. Die Forderung ist am 1. April 1920 fällig gewesen. Der Kläger hat für die Hauptforderung einen Betrag von 18 000 Mark durch eine Bank überweisen lassen und den Antrag auf Löschung gestellt. Der Beklagte verweigert dies, da die Schuld in einem entsprechenden Kurswert in Hartgeld zu entrichten sei. Die beiden Vorinstanzen haben den Beklagten zur Löschungsbewilligung verurteilt.

In den Entscheidungsgründen sagt das Reichsgericht noch u. a.:

„Die Entscheidung des Kammergerichts in Berlin kann das Reichsgericht nicht aufrechterhalten. Es steht fest, daß der Gläubiger sich nicht mit der Zahlung in deutschem Papiergeld zufrieden geben muß. Der Senat ist sich bewußt, daß der von ihm aufgestellte Grundsatz der Aufwertung der Hypotheken im einzelnen noch zu vielen Schwierigkeiten und Zweifeln führen kann. Das ist aber nicht ein Beweis, daß dieser Grundsatz, den der Senat aus dem gesetzlichen Recht und aus der Billigkeit ableitete, dem Recht nicht entspricht. Er ist nur eine Folge der unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse, in die wir geraten sind. Die rechtliche Möglichkeit der Aufwertung einer Hypothekenforderung ist nach § 242 B. G. B. anzuerkennen. Es kommt gerade bei der Hypothekenforderung in Betracht, daß der Schuldner bei dem gestiegenen Werte des Grundstücks einen entsprechenden Ausgleich findet. Allerdings ist nach § 242 zu prüfen, was Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte im einzelnen Fall fordern. Daraus folgt, daß nicht allgemein schlechthin der Grundsatz aufgestellt werden kann, daß alle Hypothekenforderungen ohne weiteres aufzuwerten wären, und daß alle Hypothekenforderungen etwa im Verhältnis der Papiermark zur Goldmark aufgewertet werden müßten. Die Bestimmungen des deutschen Währungsrechts stehen der Zulässigkeit der Aufwertung nicht entgegen. Zwar sind die Noten der Reichsbank gesetzliches Zahlungsmittel geworden, und durch Gesetz vom 28. September 1914 ist die Goldklausel aufgehoben worden, doch sind diese Bestimmungen zu einer Zeit erlassen, als die begründete Auffassung herrschte, daß die Scheine dem Metallgeld gleichstünden. Es ist in dem vorliegenden Streitfall nicht zu entscheiden gewesen, welche Folgerungen sich in bezug auf die Sicherungen ergeben. Im vorliegenden Falle verlangt der Schuldner, der Eigentümer des Grundstückes ist, wenn man die Aufwertung der Hypothekenforderung zuläßt, unbegründet. Der Schuldner hat sich im schuldrechtlichen Vertrag verpflichtet, für die ganze Forderung Sicherheit durch Hypotheken zu leisten. Es würde gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn die Löschung der Hypothek gegen den Nennbetrag erfolgte."

Das Reichsgericht hat sich mit dieser Entscheidung der in letzter Zeit von Rechtslehre und Rechtsprechung fast einmütig vertretenen Ansicht angeschlossen, daß die Hypothekenforderungen grundsätzlich aufzuwerten seien. Es hat sich aber begreiflicherweise einer prinzipiellen Entscheidung darüber, in welcher Höhe die Aufwertung zu erfolgen habe, enthalten müssen. Denn eine solche grundsätzliche Beurteilung ist unmöglich, liegt doch fast jeder Fall anders. Ist eine Hypothek 1913 gegeben und im Oktober 1923 fällig geworden, so hat natürlich die Aufwertung nach anderem Maßstab zu erfolgen, als wenn sie 1921 gegeben wäre. Das Urteil des Reichsgerichts ist wichtig genug, um auch bei uns in Polen rege Anteilnahme bei der breiteren Öffentlichkeit zu finden. Über diese Frage der Aufwertung der Hypotheken in Deutschland äußert sich noch weiter Herr Justizrat Stillschweig in Berlin im „Berliner Tageblatt" Nr. 564 vom 7. Dezember 1923 (Morgenausgabe). Es ist für jeden Interessenten wichtig genug, sich mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen.

Handel.

§ Die Ausstellung der Metallindustrie in Warschau, die am 2. d. Mts. eröffnet wurde, ist wiederum von dem Allgemeinen Verband der polnischen Metallindustriellen veranstaltet. Sie stellt den zweiten Versuch dieser Art dar, umfaßt diesmal aber fast ausschließlich die Leichtindustrie, d. h. die Produktion von allerlei Hausgeräten, auch aus der elektrotechnischen Branche, Küchengeräte, Lampen, Scheren, ferner chirurgische Instrumente, auch Klaviere u. dgl. Im allgemeinen macht die Ausstellung keinen imponierenden Eindruck, sondern sieht, wie die „Rzeczpospolita" schreibt, wie eine Zusammenstellung von 20—30 Schaufensterauslagen aus.

Von den Märkten.

Holz in Bromberg (Preise in Millionen pro Festmeter): Kiefern. Rundhölzer 16, in Eiche 21—22, Tischlereiche 60, Baueiche 50. Geringe Umsätze. Tendenz etwas stärker.

Edelmetalle in Warschau. (In freiem Verkehr in 1000 Mkp. für 1 g fein.) Gold 2900, Silber 90, Platin 15 000, Goldrubel 2560, Silberrubel 1450, Bilon 650.

Börse.

≠ Warschauer Börse vom 11. Dezember. (Markt der nicht notierten Werte.) Chybie 10 000, Kujawy 50 000, Zbiersk 950, Zduny 45 000, Pruszków 320, Elektrownia na Sanie 270—290, Gazy 42 000, Jaworzno 40 000, Kauczuk 150, Lokomotywy 800, Nitrat 375, Machlejd 650, Guma Rubber 140, Cukrownia Mała Wieś 2500, B. Przemysłowców Polskich 350, Dobrzyniewo 250, Krafft 1000—1050, Grodzisk 1150—1200, Czempin 85, Zagożdżon 125, Przemysł Terpentynowy w P. 270, Wiór 108, Polski Jurotal 100, Sarniańska Huta Szklana 65.

≠ Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 13. 12. 23 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 965 000 Mkp.

≠ Danziger Dollarparität, errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 13. 12. 23 in Beziehung auf den Dollar und die Polenmark. 1 Dollar in Polen = 4 350 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 1 010 500 Mkp.

≡ Die 2. Serie der Złotybons soll in einer Auflage von 50 Millionen mit jährlicher Fälligkeitsfrist emittiert werden.

Kurse der Posener Börse.

	13. Dezember	11. Dezember
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em. exkl. Kup.	—,—	300 000
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	300 000	—,—
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	400 000-390 000	400 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	230 000	230 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	60 000	65 000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	6000	7000
Bank Młynarzy	20 000—21 000	15 000—20 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em. (exkl. Kup.)	180 000	180 000-185 000
R. Barcikowski I.—VI. Em. o. Bezr.	60 000	70 000—60 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	425 000	425 000-410 000
Brzeski Auto I.—III. Em.	120 000	120 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	91 000—90 000	90 000—95 000
Centrala Rolników I.—VII. Em.	24 000	25 000—23 000
Centrala Skór I.—V. Em.	250 000-240 000	250 000
Dębienko I.—IV. Em.	—,—	110 000
Galwana	28 000	28 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	55 000	55 000
Goplana	—,—	150 000
C. Hartwig I.—VI. Em. ohne Kup.	55 000	60 000—57 000
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	320 000-330 000	350 000
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	11 500—13 000	11 500—12 000
Hurtownia Skór I.—III. Em.	50 000	50 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Kup.	620 000-625 000	635 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	40 000	32 000—40 000
Iskra I.—III. Em.	220 000	220 000
Juno I.—II. Em.	35 000	35 000
Juta I—II. Em.	—,—	100 000
Lakoma I.—II. Em.	120 000	135 000-150 000
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	8 000 000	8 000 000
Len w Toruniu ohne Bezugsr.	100 000-115 000	90 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	4 100 000 —3 900 000	4 000 000 —4 050 000
Młyn Poznański I.—IV. Em.	—,—	80 000
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	120 000	130 000-120 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	130 000-115 000	150 000
Orient I.—II. Em.	90 000-100 000	—,—
S. Pendowski I.—III. Em.	60 000—55 000	—,—
Płótno I.—III. Em.	90 000—85 000	100 000-93 000 —96 000
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	70 000—65 000	70 000—77 500
Patria I.—VIII. Em.	200 000	200 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	150 000-140 000	160 000-150 000 —152 000
Pneumatik I.—IV. Em. Ser B o. B.	9500—10 000	9000—10 000
Spółka Stolarska I.—III. Em.	250 000	—,—
Sarmatia I.—II. Em.	—,—	400 000
Starogradzka Fabr. Mebl. I.-II. Em. exkl. Kup.	70 000—65 000	65 000
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	—,—	10 000
Tkanina I.—IV. Em.	55 000	60 000—55 000
Tri I.—III. Em.	85 000—100 000	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em. ohne Kup.	850 000	—,—
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	270 000	280 000
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	1 600 000 —1 500 000	1 600 000 —1 550 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	23 000—22 000	22 000—23 000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	170 000	170 000

Tendenz: schwach.

≠ Die P. K. K. P. zahlte am 11. 12. für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 1 934 400 (1 285 000), Mark 895 700 (357 000), Krone 761 700 (298 000) lateinische Münzeinheit 725 500 (298 000). Dollar 3 761 000 (1 717 000). Pfund Sterling 18 300 000 (sh. 373 400) türkische Pfund 16 495 000, schwedische Krone 1 007 700 (428 400), holländischer Gulden 1 511 500 (674 700). österr. Dukaten 8 602 000 (fl. 79 320) belgische und holländische Dukaten 8 582 000 (—). 1 g Feingold 2 449 300 (71 400).

≠ Die poln. Mark am 11. Dez. Danzig: 1.371—1.379 (Parität: 727 500). Auszahlung Warschau 1.321—1.329 (Parität: 755 000). **London:** Auszahlung Warschau 0.0000646 (Parität: 15 500 000). **Riga:** Auszahlung Warschau 0.03 (Parität: 3330).

≠ Züricher Börse vom 11. Dezember. (Amtlich) Neuyork 4.73½, London 25.04, Paris 30.72½, Wien 0.0081, Prag 16.75, Mailand 24.95, Brüssel 26.55, Budapest 0.0305, Helsingfors 14.20, Sofia 4.15, Amsterdam 218.50, Christiania 86.—, Kopenhagen 102.25, Stockholm 151.—, Madrid 74⅝, Bukarest 2.88, Berlin 0.13, Belgrad 6.52, Athen 10.75, Konstantinopel 3.09.

Danziger Mittagskurse vom 13. Dezember.

1 Million poln. Mark	1,35 Gulden
1 Dollar	5,88 „

Warschauer Vorbörse vom 13. Dezember.

Deutsche Mark —. Dollar 4 050 000. Engl. Pfund 17 800 000. Schweizer Franken 707 250. Franz. Franken 218 000.

Warschauer Börse vom 12. Dezember.

Devisen:

Belgien	189 000	Paris	218 000
Berlin und Danzig	—.—	Prag	116 650
London	17 900 000	Schweiz	707 250—680 000
Neuyork	4 050 000	Wien	57.—
Holland	1 513 500	Italien	179 000—177 000
Goldfrank	778 700	Złotybons	620 000-620 500-610 000

Berliner Börsenbericht

vom 12. Dezember.

Dısk.-Kom.-A.	15 Bill. 500 Milliard.	Ausz. London	18 Bill. 300 Milliard
Polnische Noten	—.—	„ Neuyork	4 Bill. 200 Milliard
Auszahlung Holland	950 000 —		

Aus Stadt und Land.

Posen, den 13. Dezember.

Doppelselbstmord.

In der Nacht gegen 2½ Uhr wurden auf der Eisenbahnstrecke Posen—Ostrowo zwischen den Stationen Jarotschin und Witaschütz zwei junge Männer im Alter von 28 bzw. 20 bis 23 Jahren vom Schnellzuge 502 überfahren und auf der Stelle getötet. Zweifellos liegt Selbstmord vor. In der Tasche des einen Getöteten fand sich ein Zettel des Inhalts vor: „Häuslicher Unfriede hat uns dazu geführt. N. H." Außerdem wurden bei ihm zwei kleine Stahlmesser und eine Brieftasche mit 93 000 M. vorgefunden. Die Personen der beiden Selbstmörder sind bisher noch nicht festgestellt worden. Sie werden folgendermaßen beschrieben:

Der eine ist etwa 28 Jahre alt, 1,70 Meter groß, dunkelblond, trägt kleinen englischen Schnurrbart und war bekleidet mit einem weißen Leinwandhemd, lila-gestreiftem Vorhemd, weißem weichen Kragen und blauem Schlips, weißen Barhendunterbeinkleidern, grünen Socken mit gelbem Rande, selbstgefertigten Leinwandhosenträgern, stahlfarbenem Jackettanzug mit grauem Futter, dunkelolivfarbenem Mantel, weichem braun-gelbem Filzhut mit dunkelbraunem Bande, schwarzen Schnürstiefeln; er trug zwei weiße Taschentücher, gez. S. und H. H. bei sich.

Der zweite Getötete ist 20—23 Jahre alt, 1,60—1,65 Meter groß dunkelblond, an der rechten Zehe fehlt der Nagel; er war bekleidet mit weichem Kragen, dunkelgrünem Bindeschlips mit weißen Streifen, weißem Leinwandhemd, Barchendunterbeinkleidern, schwarz-weiß gestreiften Strümpfen, braunen Halbschuhen und fast neuem grauen Anzug.

Personen, die in der Lage sind, irgendwelche Angaben über die beiden Getöteten zu machen, werden gebeten, dies beim Polizei-Kreiskommando in Ostrowo zu tun.

Verurteilung wegen zu billigen Verkaufs von Waren. In Fordon hat sich, wie das „Słowo Pomorskie" mitteilt, der seltene Fall zugetragen, daß ein Kaufmann zu 100000 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist, wozu noch 10 000 Mark Unkosten kommen, weil er verschiedene Waren billiger abgegeben hat, als in der ausgestellten Preisliste vermerkt war. Bekanntlich wird in ganz Polen darauf gehalten, daß überall Preislisten vorhanden sind, nach denen sich das kaufende Publikum orientieren kann. Die Polizeibehörden sind angewiesen, jede Abweichung von diesen Listen zu notieren, um eine Bestrafung wegen Wuchers eintreten lassen zu können. Selbstverständlich hat man dabei nur an darüber hinausgehende Preisforderungen gedacht. Der unklare Wortlaut der Verfügung hat aber in Fordon dazu geführt, auch die billigeren Preise unter der Rubrik „Wucher" mit einer Strafe zu belegen. — Wir überlassen dem genannten polnischen Blatte die Verantwortung für die Richtigkeit seiner Angaben. Dem Rechtsempfinden der Laienwelt entspräche es aber unter keinen Umständen, wenn man eine Verordnung, die ausdrücklich zur Bekämpfung des Wuchers erlassen ist, in diesem Sinne auslegt, daß man einen Kaufmann wegen Wuchers verurteilt auf Grund einer Handlung, die das Gegenteil von „Wucher" bedeutet.

Druckfehlerberichtigung. In der gestrigen Besprechung des Opern- und Ballettabends im Großen Theater am 7. d. Mts. hat der Druckfehlerteufel den Namen des Komponisten der Oper „Das Schloß in Czorsztyn" und des Balletts „Die Hochzeit in Ojców" zweimal verstümmelt: er heißt Kurpiński (nicht Karpiński).

× **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Gestern wurde auf der ul. Polna (fr. Feldstr.) ein Mann mit einem Paket angehalten, in dem sich 4 Meter Gabadinstoff, ferner ein Stück geblümter Satin und ein Stück weiße Leinwand befanden, die vermutlich irgendwo gestohlen worden sind. Der Eigentümer kann sich im Zimmer 37 der Kriminalpolizei melden.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden gestern: von der ul. Wielka (fr. Breiten Str.) weg ein zweirädriger Handwagen im Werte von 100 Millionen Mk.; aus einer Steinhauerwerkstatt an der ul. Dąbrowskiego 37 (fr. Gr. Berliner Str.) verschiedenes Handwerkszeug, wie Bohrer, Meißel, Sägen usw. im Werte von 50 bis 60 Millionen Mk.; aus einer Wohnung der ul. Piotra Wawrzyniaka Nr. 26 (fr. Kaiser Friedrichstr.) große Mengen Wäsche im Werte von 1½ Milliarden Mk., wie drei weiße und zwei bunte Tischtücher, 8 Herren- und 8 Damenhemden, 8 Handtücher, 60 Taschentücher, 6 Kinderhemden, 6 wollene Hemden, gez. E. W., H. M. und E. M.; aus einem Laden in der ul. Kolejowa 46 (fr. Bahnstr.) 50 Päckchen Tee, 25 Päckchen Bonbons, 28 Stück Seife im Werte von 54 Millionen Mk.; aus einer Wohnung in der ul. Żupańskiego Nr. 21 (fr. Hohenlohestr.) für 2½ Milliarden Kleidungs- und Wäschestücke, sowie andere Gegenstände.

× **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 10 Dirnen, 2 der Unzucht Verdächtige, 4 Betrunkene, 2 Obdachlose, 2 Personen wegen Diebstahls.

* **Bojanowo,** 12. Dezember. In der am Freitag abend abgehaltenen Stadtverordnetensitzung wurde der bisherige kommissarische Bürgermeister Krafczyk endgültig auf 12 Jahre zum Oberhaupt unserer Stadt gewählt.

* **Lissa,** 12. Dezember. Der sogenannte Weihnachtsmarkt stand unter dem Zeichen der Geldentwertung. Auf dem Pferdemarkt entwickelte sich nur ein flaues Geschäft, da die Käufer nicht so viel Geld aufbringen konnten, um 300 bis 400 Millionen Mark für ein Pferd bezahlen zu können. Versehentlich war eine Kuh aufgetrieben, die vom Markte verwiesen wurde. Kleine Ferkel kosteten 3 bis 4 Millionen Mark; es war Großbetrieb, namentlich Stoffe und Manufakturwaren wurden reichlich feilgeboten und flott gekauft. Die Verkäufer sind auf ihre Kosten gekommen.

* **Mogilno,** 12. Dezember. Der Landwirt Johann Lewandowski in Prondy bei Bromberg begab sich Anfang Oktober d. J. nach Sondowa im Kreise Mogilno zur Erledigung von Wirtschaftsgeschäften. Von dort hatte er sich vermutlich auf die Suche nach einem kleinen Besitz begeben, den er kaufen oder pachten wollte. Da er bis heute nicht zurückgekehrt ist, muß angenommen werden, daß ihm ein Unfall zugestoßen oder er vielleicht einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Der Vermißte war 60 Jahre alt und mittelgroß.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. 1. Die damals vollzogene Gütertrennung ist rechtsgültig. 2. Die Ihrer Frau einwandsfrei gehörenden d. h. von ihr eingebrachten Mobilien usw. können in einer Schadenersatzklage gegen Sie vom Gerichtsvollzieher nicht gepfändet werden. Wenn das doch geschieht, muß Ihre Frau intervenieren. 3. Wir wüßten keinen Grund, aus dem das geschehen könnte. 4. Besser ist es wenn Sie sich beglaubigte Abschriften der Dokumente beschaffen. 5. Das kommt ganz darauf an, ob der Gerichtsvollzieher die vorgelegten Beweisstücke für ausreichend hält, um von der Pfändung abzusehen. Siehe unter Nr 2

Geschäftliche Mitteilungen.

Wir machen unsere Leser auf die Tuchhallen „Sukiennice", Posen, Stary Rynek 56 (fr. Alter Markt), die Sonderangebote in Stoffen und Resten unterbreiten, aufmerksam. Näheres siehe die heutige Anzeige.